

Verlagsstelle und Redaktion
Breiten 16, Holbeinstr. 48

Verlagspreis 21 000
Postfachkonto Berlin Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Wagungspreis: Vierteljährlich in der Reichshauptstadt oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Zust. Beilage 10,20 M.
Ausgabe B 0,45 M. In Dresden und ganz Deutschland bei Haus Ausgabe A 10,65 M. Ausgabe B 0,90 M. —
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Erscheinung der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Wagungspreis: Vierteljährlich in der Reichshauptstadt oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Zust. Beilage 10,20 M.
Ausgabe B 0,45 M. In Dresden und ganz Deutschland bei Haus Ausgabe A 10,65 M. Ausgabe B 0,90 M. —
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Erscheinung der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Das neue Wahlrecht

Von Rechtsanwalt Dr. Gille.

Im richtigen Voraussehen dessen, was kommen würde, schreiben wir im ersten Teile dieses Aufsatzes (siehe „Sächsische Volkszeitung“ Nr. 100) zu Beginn des Wahlkampfes: „Wir bitten unsere Wähler, sich durch keine Auskünfte von anderer Seite, die zum Zwecke der Verwirrung während des Wahlkampfes ausgestellt werden, betören zu lassen, wie haben die Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes genau beachtet.“

Deutschnationale Kreise haben es sich nicht nehmen lassen, die Interpretation zu versuchen, um Verwirrung in unsere Kreise zu tragen. Deshalb sei hier nochmals der Gehalt unseres letzten Aufsatzes wiederholt:

Jede für das Zentrum abgegebene Stimme wirkt im ganzen Reich mit zur Erhaltung eines weiteren Zentrumsmandates. Mit anderen Worten: Keine sächsische Zentrumstimme fliegt in den Papierkorb, und wenn deutschnationale Blätter das behaupten, so treiben sie ablenkenden Stimmengang, und beleidigen damit die Zentrumswähler, denn sie glauben unter ihnen die Dummen zu finden. Die Wichtigkeit des Satzes ergeben die nachstehenden Ausführungen über die Feststellung des Wahlergebnisses. Diefem voran schicken wir noch einiges über das Abstimmungsverfahren.

1. Jeder Wahlkreis ist von der Verwaltungsbehörde in Wahlbezirk eingeteilt, die nicht mehr als 1000 Einwohner umfassen sollen, aber bei Wahlgeheimnis wegen auch nicht zu klein sein dürfen. Jeder Wahlbezirk hat seinen Wahlraum. Jeder Wähler erkundigt sich schon vor dem 6. Juni nach dem für seine Wohnung zuständigen Wahlraum.

2. Die Wahlhandlung erfolgt im Wahlraum am 6. Juni zwischen 8 Uhr morgens und 6 Uhr abends. Wer nicht spätestens 8 Uhr im Wahlraum anwesend ist, hat sein Wahlrecht verwirkt. Zentrumswähler gehen daher möglichst schon in den Morgenstunden zur Wahl.

3. Die Stimmzettel, aus weißem oder weißlichem Papier, müssen 9x12 Zentimeter messen und dürfen kein Zeichen aufweisen. Erster Vermerk ist nur ein Name aus der Kandidatenliste des Kreiswahlvorschlages, zum Beispiel der Name Universitätsprofessor Dr. Strieder oder der Name Kaplan Tisch. Parteilbezeichnung darf dabei stehen. Stehen mehrere Namen darauf, so dürfen diese Namen nicht verschiedenen Kreiswahlvorschlägen entnommen sein. Weist wird der Wähler seinen Stimmzettel schon von Hause mitbringen. Im Wahlraum selbst dürfen Stimmzettel nicht ausgegeben werden. Wer sich seinen Stimmzettel von einem Beihilfswahler geben läßt, setzt zu, daß auch der richtige Name darauf steht.

4. Der Wahlakt vollzieht sich wie im Vorjahre. Im Wahlraum erhält der Wähler einen amtlich gestempelten Umschlag, in dem er in einem Nebenkamm oder hinter einem Vorhang oder an einem abseits stehenden Tische seinen Stimmzettel einlegt. Nur ein Stimmzettel ist in den Umschlag einzulegen. Dann tritt der Wähler an den Tisch des Wahlvorstandes, nennt Namen und Wohnung und übergibt, wenn er in der Wahlliste gefunden ist, seine Stimme im Umschlag dem Wahlvorsteher. Dieser wirft sie in die Urne. Ist ein Wähler körperlich gebrechlich, so kann er sich fremder Hilfe bedienen, muß aber unbedingt selbst zur Wahl erscheinen.

5. Die der ganze Wahlakt, so geschieht auch nach Schluß der Wahl die Prüfung des Abstimmungsresultates im Wahlbezirk öffentlich. Ein Beisitzer des Wahlvorstandes öffnet die der Urne entnommenen Umschläge, nimmt den Stimmzettel heraus und übergibt ihn dem Wahlvorsteher, der sie laut vorliest. Der Schriftführer verzeichnet in der Stimmliste jede dem einzelnen Kreiswahlvorschlag zugefallene Stimme und zählt sie laut. Ein Beisitzer führt die Gegenliste. Nach der Gültigkeit zweifelsfreier Stimmzettel führt der Wahlvorstand Verzeichnis. Sie sind der Niederschrift beizufügen, während die übrigen Stimmzettel von der Gemeindebehörde verwahrt werden. Die Wahl-niederchriften werden sofort durch die Verwaltungsbehörde dem Kreiswahlleiter zugeführt.

6. In öffentlicher Sitzung des Wahlprüfungsausschusses werden dann die Niederschriften durchgesehen und zusammengefaßt, wieviel gültige Stimmen abgegeben sind, und wieviel davon auf jeden Kreiswahlvorschlag entfallen. Jedem Kreiswahlvorschlag werden soweit Abgeordnetenliste zugewiesen, daß je einer auf 60 000 für ihn abgegebene Stimmen kommt.

Weiben nun bei dieser Verteilung der Abgeordnetenliste Reststimmen übrig, weil die Gesamtzahl der auf einen Kreiswahlvorschlag entfallenen Stimmen nicht genau durch 60 000 teilbar ist, so ist zu unterscheiden, ob der betreffende Kreiswahlvorschlag innerhalb des Wahlkreisverbandes mit anderen Vorschlägen verbunden war oder nur einem Kreiswahlvorschlag angehängt ist, oder ob keiner von beiden der Fall ist. Letzterenfalls sind die Reststimmen verloren. Für die Zentrumstimmen kommt ein solcher Verlust nicht in Betracht, weil die Zentrumswahlvorschläge der drei sächsischen Wahlkreise sowohl im Wahlkreis-

verbände mit einander verbunden sind als auch dem Reichswahlvorschlag der Zentrumspartei angehängt sind.

a) Reststimmen verlorener Kreiswahlvorschläge gelangen nun an den Wahlprüfungsausschuss. Dieser stellt wieder zusammen, wieviel Reststimmen auf jede Gruppe der verbundenen Kreiswahlvorschläge entfallen. Je 60 000 dieserart für eine Gruppe gesammelte Reststimmen vermitteln der Gruppe einen weiteren Abgeordneten, wenn auf einen der verbundenen Kreiswahlvorschläge wenigstens 30 000 Stimmen abgegeben sind. Die hiernach bei der Verteilung der Abgeordnetenliste wiederum nicht zur Geltung kommenden Reststimmen werden weiter als Reststimmen dem Reichswahlleiter für die betreffenden Reichswahlvorschläge überwiesen.

b) Der Reichswahlprüfungsausschuss schließt die ihm von den Verbänden oder von den Kreiswahlprüfungsausschüssen für jeden Reichswahlvorschlag überwiesenen Reststimmen zusammen. Auf je 60 000 Reststimmen wird dem Reichswahlvorschlag ein Mandat zugewiesen, wobei ein Rest von mehr als 30 000 Stimmen vollen 60 000 Stimmen gleichzusetzen ist. Hierbei ist aber ein Satz des Gesetzes zu beachten, den wir wörtlich zitieren wollen, weil er für einen Teil unserer Wählerschaft von größtem Interesse ist: „Einem Reichswahlvorschlag kann höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetenstimmen zugewiesen werden, die auf die ihm angehängten Kreiswahlvorschläge entfallen sind.“ Bekanntlich hat die Lausitzer Volkspartei, eine Gruppe der Wenden, einen besonderen Kreiswahlvorschlag eingereicht, wiewohl für die sächsischen Wenden jeder Gewählte 60 000 Stimmen auszubringen. Von Seiten der Lausitzer Volkspartei sucht man nun dadurch Stimmen zu gewinnen, daß man auf die Reichliste der Lausitzer Volkspartei hinweist, an der auch die preussischen Wenden beteiligt sind. Es wäre auf tiefe zu bedauern, wenn sich Wähler dadurch irreführen ließen. Auf die Reichliste der Lausitzer Volkspartei kann nur dann ein Mandat entfallen, wenn in einem Wahlkreis die Lausitzer Volkspartei schon einen Abgeordneten ergiebt hat. Da für die sächsischen Wenden diese Möglichkeit ausgeschlossen ist, müßten aber in dem einzigen preussischen Wahlkreis, in welchem noch die Lausitzer Volkspartei einen Kreiswahlvorschlag eingereicht hat, 60 000 Stimmen auszubringen, um einen ersten Kandidaten durchzubringen. Erst dann wäre theoretisch die Möglichkeit gegeben, daß überhaupt die Reichliste der Lausitzer Volkspartei einen Kandidaten ergiebt. Dann aber wäre weitere Voraussetzung für einen Erfolg dieser Reichliste, daß beide in Frage kommenden Wahlkreise auch noch 60 000 wendische Reststimmen aufgebracht hätten. Das ist schlicht ein vollkommenes Ding der Unmöglichkeit, da die Zahl der wahlberechtigten Wenden im Deutschen Reich hierzu überhaupt nicht ausreicht. Von den auf den Wahlvorschlag der Lausitzer Volkspartei in Sachsen entfallenden Stimmen kann man also mit vollem Rechte sagen, daß sie verloren gehen müssen und es wäre für die sächsischen Wenden in ihrer Gesamtheit ernstlich zu erwägen, ob sie nicht noch in letzter Stunde die Wahlparole ändern und ihre Wählerchaft auf diejenige Partei hinweisen möchten, zu welcher ein erheblicher Teil der Wenden sich bereits bekennt, die deshalb einen Vertreter des wendischen Volkes an hervorragender Stelle ihres Wahlvorschlages einen Platz eingeräumt hat, und die in der bisherigen Geschichte des Deutschen Reiches jederzeit und allein für die berechtigten Interessen der kleineren Nationalitäten und Völker eingetreten ist (zum Beispiel Polenpolitik) und die den Schutz der berechtigten Interessen der Wenden sich auch zur künftigen Aufgabe gestellt hat. Das ist das Zentrum, die christliche Volkspartei.

Die vorstehenden Ausführungen sollten ein Gesamtbild dessen geben, was wir alle zur praktischen Ausübung der Wahl wissen müssen. Fassen wir es nochmals in einigen kurzen Formeln zusammen:

1. Pflichtvergessen ist, wer nicht wählt. Männer und Frauen haben das Wahlrecht, sobald sie 20 Jahre alt sind.
2. Keine Zentrumstimme geht verloren. Jede Stimme für das Zentrum wirkt im Wahlkreisverband oder auf der Reichliste.
3. Zur Wahl geht man grundsätzlich am 6. Juni vor mittags 8.
4. Die Sonderliste der Lausitzer Volkspartei ist den Interessen des wendischen Volkes Abbruch und führt zur Unvollständigkeit der auf diesen Vorschlag entfallenden Stimmen. Die Vertretung ihrer berechtigten Interessen finden die sächsischen Wenden allein beim Zentrum.

Am Sonntagvormittag gleich um 8 Uhr wird an die Reichstagswahl gedacht. Die Wahl ist uns Gewissenspflicht. Darum fehlen auch die Frauen nicht. Kein guter Deutscher soll verfehlen, die Liste Strieder-Bleich zu wählen.

Hauptversammlung des Vereins kathol. deutscher Lehrerinnen

Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen, dessen Wiege im Westen Deutschlands stand und der auch heute in Rheinland und Westfalen die größte Zahl seiner Mitglieder zählt, hat auch im Osten Deutschlands mehr und mehr Anhängerinnen und Freunde gewonnen. Dafür war ein glänzendes Zeugnis das Interesse, welches der Vorstand des Vereins in Breslau nicht nur in den Kreisen der Lehrerinnen entgegengebracht wurde. Ein Begrüßungsabend, der in Rede,

Lied und Bild durch Schließens Vergangenheit und über Schließens Zukunft führte, leitete die Tagung sichtlich ein. Nach einem Hochamt fanden sich die Teilnehmerinnen am Dienstagmorgen zur ersten Mitgliebertagung im Saale der Katholischen Mission zusammen. Die erste Vorsitzende des Vereins, Fräulein Marg. Schmitz, eröffnete die Tagung mit dem katholischen Grusse und stellte sie unter den Schutz des Lehrers aller Völker, in dessen Dienst die katholische Lehrerin tagtäglich und auch besonders während der gegenwärtigen Tagung steht. Sie betont die große Bedeutung des Zusammenstehens, da die katholischen Lehrerinnen niemals so wie heute auf Selbsthilfe angewiesen sind. Der Rufus der Delegierten ergab die Anwesenheit der Vertreterinnen von 71 Bezirksvereinen. Unter der Leitung von Fräulein Marg. Schmitz wurden dann Anträge die während der letzten Jahresversammlung der Vereinorganisation betrafen, beraten. Eine zweite Mitgliebertagung leitete die erforderlichen Neuwahlen. Die öffentliche Versammlung am Nachmittag wurde durch die Teilnahme des hochw. Kardinals Fürstbischöflichen Bertram und des hochw. Weihbischöflichen Wotisch beehrt. Als Vertreterin des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung war Fräulein Oberlehrerin Fennings, Hilfsleiterin im Ministerium, erschienen, außerdem u. a. Vertreter der Regierung zu Breslau, der Stadterwaltung, der Lehrer- und Lehrerinnenvereine und des katholischen Frauenbundes. Begrüßungswort lag vor vom päpstlichen Nuntius in Breslau, den Erzbischöfen von Hildesheim und München, vielen anderen deutschen Bischöfen und dem Reichsminister des Innern und vom Staatssekretär Wäbermann. Fräulein Marg. Schmitz leitete die Versammlung mit Worten herzlichsten Dankes an alle Erschienenen. Fräulein Oberlehrerin Schmitz begrüßte namens des Hauptvereins die Gäste und die Beiratsmitglieder. Die Verhandlungen der Tagung mögen getragen sein von dem Bewußtsein unseres Glaubens, unseres Frauentums und unseres Deutschtums, dieser Gedanken, die der Tätigkeit des Vereins stets voranzutreiben. Der hochw. Kardinal-Fürstbischof hat mit Freuden das Projektat über die Beförderung der katholischen Frauenvereine in den Provinzen der deutschen Bischöfe und der katholischen Eltern der Lehrerinnen für ihr treues Festhalten an den alten Idealen. Er wünscht den Lehrerinnen echten Katalombengeist: Glaubensfestigkeit und Treue, Gottesliebe, Jungfräulichkeit und Opfermut. Der Geist der hl. Maria möge über der Tagung schweben und die Teilnehmerinnen in ihre Heimat begleiten. Fräulein Fennings bringt zum Ausdruck, daß das Ministerium für die Verhandlungen großes Interesse habe. Nach dem von Fräulein Schmitz erstatteten Sachbericht ist zwar das letzte Vierteljahr das schwerste seit dem Schließen des Vereins gewesen, aber doch ein recht fruchtbares für den inneren Aufbau des Vereins und seiner Hilfsvereine, für die Tätigkeit des Vereins auf allen Gebieten. Der Verein zählt 19 000 Mitglieder in 178 Bezirks- und 5 Kreisvereinen. Fräulein Oberlehrerin Richard-Fresenius sprach über ein nicht nur für Lehrerinnen, sondern für unsere ganze Mädchenerziehung sehr zeitgemäßes und wichtiges Thema: Der weibliche Einfluß in der Schule. In dieser Frage sollte nach den Ausführungen der Rednerinnen nicht das Materielle, sondern die Prinzipien der Erziehung stehen. Die Forderung nach dem Vorkommen des weiblichen Einflusses in der Mädchenerziehung gründet sich zunächst auf die Natur der Mädchen, die nach den Ergebnissen der psychologischen erperimentellen Forschung eine andere unterrichtliche und erzieherische Behandlung der Mädchen notwendig macht und die durch die Frau weit besser geleitet werden kann. Auch für die Gesundheit unserer Mädchen wird es vorteilhaft sein, wenn man die Frau mit ihren stark pädagogischen Anlagen an der Erziehung der Mädchen, namentlich der heranreifenden, in starkem Umfange beteiligt. Der von den Abgäben erstellte Arbeitsunterricht macht eine härtere Voraussetzung der Lehrerin in der Mädchenschule ebenfalls durchaus notwendig. Die Referentin erbrachte ferner den Beweis, daß die Lehrerin nicht nur für den wissenschaftlichen Unterricht in manchen Fächern, namentlich aber für die Erziehung der Mädchen die wertvolle Persönlichkeit ist, daß die Durchsicht der Lehrerin dort mehr leisten wird als der Durchschnittslehrer. Wenn sie die Mitarbeit des Lehrers an der Bildung der weiblichen Jugend auch nicht grundsätzlich ablehnt, so wandte sie sich doch gegen die Verpflichtung zur Anstellung männlicher Kräfte in ganz beträchtlicher Zahl. Die katholischen Lehrerinnen erstreben deshalb den vorwiegenden Einfluß der Frau in der Mädchenschule, damit auch von dort aus am Wiederanbau des Vaterlandes gearbeitet werden kann. Die Ausdrücke brachte die Rednerin und Rednerinnen einmütig zum Ausdruck, daß der Lehrerin in der Mädchenschule ein vorwiegendes Einfluß gebührt. Sie besaß den ausnehmendsten nicht in dem schreibenswerten Maße. Vor allem muß gefordert werden, die Forderung der weiblichen Stelle auf dem Lande durch eine Lehrerin und die Trennung der Geschlechter auf der Oberstufe und die Übertragung der Mädchenerziehung der Volksschule an Lehrerinnen. Mit warmen Worten trat dafür Fräulein Schmitz ein, die ausführt, daß weibliche Jugendpflege nur dann Erfolg verspricht, wenn die Lehrerin den idealen Klassen Mädchen schon vor dem Eintritt ins Leben Führerin und mütterliche Beraterin war. In besonderen Ausführungen betraf man Fragen der Jugendfürsorge und Jugendpflege. Fräulein Reblitz-Wag, eine im Dienste der Jugend ergrante Lehrerin, wies mit jugendlichem Mut den jüngeren Kolleginnen die Wege zu ihrer Mitarbeit in der öffentlichen und privaten Jugendfürsorge.

In der Sitzung des Ausschusses für Vollschulanlagen sprach Fräulein Marg. Schmitz über den demokratischen Zug im Schulwesen der Gegenwart. Sie zeigte diesen Zug in den Beförderungen schulpädagogischer Art und auf dem Gebiete der Schulerwaltung. Die Einrichtung der Lehrkräfte, die Elternräte und Schülerausschüsse wurden nach ihren Vor- und Nachteilen gewürdigt, ebenso die Bestimmungen für und gegen die kollegiale Schulleitung. Der Vortrag und die nachfolgende Aussprache zeigten, daß überall die Lehrerinnen sich in die neue Zeit eingestellt haben und gewillt sind zur Mitarbeit, daß aber um die Anerkennung voller Gleichberechtigung nicht nur gekämpft werden muß. In einer Beisprache über den Entwurf des Beförderungsgesetzes kam zum Ausdruck, daß der Verein grundsätzlich an der Förderung des gleichen Gehaltes festhalten muß. Gegen Dürren, die sich namentlich hinsichtlich der Anrechnung der Dienstwohnung und in der Beförderung für die jungen Lehrerinnen geltend machen, wird der Verein durch Eingaben Stellung nehmen. Die Sitzung der Mitteilung für höhere Mädchenbildung beschloß sich mit der Frage der Gemeindeförderung. Frau Marg. Oberlehrerin Wronka schildert deren Wirkung und Entwicklung. Sie lehnt die Gemeindeför-

erziehung ab, gestützt auf das Urteil bedeutender Pädagogen, auf die Ergebnisse der psychologischen Forschung und vor allem mit Rücksicht auf die ganz verschiedenen Unterrichts- und Erziehungsziele zwischen Knaben und Mädchen. In einer Entschließung wird die Gemeinshaftserziehung als Grundlag einmütig abgelehnt. Im Schlussprotokoll Welche Forderungen stellt die Gegenwart an die katholische Schreierinnen- schaft, fasste Fräulein Schulmeisterin Rother alle in der Tagung aus- gelagerten Gedanken an einem klaren lebensvollen Bilde zusammen. Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes in Schule, Jugendpflege und in der Volkswirtschaft, Einstellen in die neue Zeit, Wahrung und Geltung des Standesbewusstseins und des Standesinteresses, Zusammen- schluss und Förderung des Vereinslebens, das ist für die katho- lische Schreierin die Forderung der Stunde. Die Dresdener Tagung war nicht nur durch die vollkommene engere Angliederung der schlesischen Schreierinnen an den großen Verein, sondern auch durch ihre Verhand- lungen und Beschlüsse ein Meilenstein in der Geschichte des Vereins.

Die Wahlbewegung

Reichstagswahl

Die nachstehende Bekanntmachung des Herrn Reichsministers des Innern über die Ausstellung von Wahlscheinen wird zur all- gemeinen Beachtung hermit veröffentlicht.
Dresden, den 31. Mai 1920.

Die Staatsanzahl.

Bekanntmachung über Ausstellung von Wahlscheinen zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920
Som 26. Mai 1920.

Auf Grund des § 90 der Reichswahlordnung vom 1. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt Seite 713) bestimme ich für die Wahlen zum Reichs- tag am 6. Juni 1920 folgendes:

- Ohne Eintragung in eine Wählerliste oder Wahlkartei sind auf Antrag mit einem Wahlschein zu versehen:
1. ehemalige Soldaten der Wehrmacht, die wegen Mafsen des Wahlrechtes in die Wählerliste oder Wahlkartei nicht eingetra- gen, oder deren Namen dort mit dem Vermerk „ruht“ ver- zeichnen worden sind, wenn der Grund für das Ruhen des Wahl- rechtes nachträglich weggefallen ist;
2. Auslandsdeutsche und ehemalige Angehörige der Abtretungs- gebiete, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wähler- listen und Wahlkarteien ihren Wohnort in das Inland verlegt haben;
3. Kriegsteilnehmer und im Auslande zurückgehaltene Wehran- gehörige, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wähler- listen und Wahlkarteien in das Inland zurückgekehrt sind;
4. ehemalige Angehörige des Reichsheeres, die nachträglich die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Lande erworben haben.

Der Wahlschein ist nach dem Ausdruck in der Anlage anzufertigen. Insbesondere zur Ausstellung ist die Gemeindebehörde des Wohn- ortes, § 85 der Reichswahlordnung gilt sinngemäß. Sind die Vor- aussetzungen eines auswärtigen Aufenthalts in der Person des An- tragsstellers nicht erfüllt, so ist die Gemeindebehörde anhabig, in deren Bezirk sich der Antragsteller zur Zeit der Ausstellung des Antrages oder am Wahltage aufhält.

Die Ausstellung des Wahlscheins kann bis zur Aushändigung des zweiten Teiles des Wahlscheins oder Wahlkartei an den Wahlvor- steher (§ 13 Absatz 1 der Reichswahlordnung) beantragt werden.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, den 26. Mai 1920.
Der Reichsminister des Innern.
Rohr

Anlage Wahlschein

Auf Reichstagswahl am 6. Juni 1920.

Der nachstehend benannte Reichsangehörige:

Name:
Vorname:
geboren am:
Stand oder Gewerbe:
wohnhaft in:
Straße und Hausnummer:
kann unter Abgabe dieses Wahlscheins in einem beliebigen Wahl- bezirk ohne Eintragung in die Wählerliste oder Wahlkartei seine Stimme abgeben.
....., den 1920.
(Ort) Der
(Dienstort) (Unterschrift)

Aus der Werkstatt der Deutschen Volkspartei

Ein gärtiger Wind wehte der „Schlesigen Volkszeitung“ (Nr. 262) folgende Schriftstücke zu:

Deutsche Volkspartei
Wahlkreisverband Ostpreußen
Dresden, den 9. April 1920

Sehr geehrter Herr...
Dreie möchte ich Ihnen gern einiges über die Kandidaten- frage mitteilen. Daß der Vorstand damit unzufrieden ist, daß wir uns mit dieser Sachlage so einigend beschäftigen, verheißt ich offenge- standen nicht ganz. Denn da die Wahlen so nahe gerückt sind, müssen wir uns doch über die Kandidatenfrage schon bestimmter schlüssig machen, weil die Kandidaten den wahrensten Bedarf bestreiten müssen, und weil sie ferner selbst auf sich das erforderliche Geld Sorge zu tragen haben. Bisher hat man von uns von vielen Seiten so warm empfunden. Dr. Hartmann und eine Abgabe erteilt, weil er be- wußtlich zu stark in Anspruch genommen ist. Wir haben nun für nächste Woche eine vertrauliche Besprechung der Industriellen anbe- raumt, und wollen nun einmal hören, was uns dort für Vorschläge gemacht werden. Neuerdings beweist sich ein von Generaldirektor Bogler sehr warm empfohlener Kandidat, der Ihnen aus dem D. V. P. Nachrichtenblatt bekannt sein dürfte, der Delegationsrat a. D. von Rheinbaben, um eine Kandidatur. Dieser stammt aus Schlesien. Sein Vater war hier in Schlesien Beamter (Kreisrichter in Schmalenberg). Herr von Rheinbaben hat sich hier vorgestellt und bearbeitet die ganze Angelegenheit mit offenkundig gutem Geschick. Er hat zunächst sehr erfreuliche Beziehungen zu dem „Dresdener Nachrichten“ angeknüpft, er verfügt über große Geld- mittel, die er uns zur Verfügung stellen will, und er hat sich auch erhoben, rednerisch überall aufzutreten. Am Dienstag kommenden Woche spricht er zum ersten Male in einer öffentlichen Versammlung in Dresden, dies wollen wir zunächst einmal abwarten. Die Bedenken, die Sie gegen eine solche Kandidatur haben werden, sind mir natür- lich bekannt. Ich möchte aber nicht verschleißen, Ihnen von dieser Sach- lage unvoreingenommen Mitteilung zu machen, damit Sie unterrichtet sind, wenn ich Sie auch bitte, die Angelegenheit vorläufig noch vertraulich zu behandeln. Die Sache ist doch die, daß wir, wenn die Wahlen schnell kommen, dann ohne finanzielle Mühe und gute Kandi- daten in große Schwierigkeiten geraten, und daß wir schlimmsten- falls zugreifen müssen, wo sich etwas Wares bietet. Wie werden sehr bald eine Vorstandssitzung und eine Wahlkreisverbandssitzung einberufen müssen, um uns über diese schwierigen Fragen schlüssig zu machen. Wenn werde ich natürlich nichts Unangenehmes vorschlagen. Ich werde nur die Verhandlungen mit allen sich bietenden Persön- lichkeiten völlig unvoreingenommen führen, was natürlich ganz selbstver- ständlich ist. Wenn Sie sich so freundlich, wie schon jetzt Ihre Mel- dung zukommen zu lassen.
Angehörige sende ich Ihnen meine besten Grüße und verbleibe
Ihre sehr ergebener
Dr. Krüger.

Anlage Abschrift der von Herrn Generaldirektor Salomon ge- fertigten Abschrift über die Verhandlung mit Delegationsrat von Rheinbaben aus Berlin über seine Kandidatur.

Abschrift

Dresden, den 9. April 1920

Rieberabschrift über die Verhandlung mit Delegationsrat a. D. von Rheinbaben aus Berlin über seine Kandidatur.

- Die Finanzierung des Wahllampes mit eigenem und von ihm zuwerbenden Geldern. (Ich habe als notwendig eine Summe von 3-400 000 Mark genannt.)
 - Die Herausgabe einer zweimal in der Woche erscheinenden Presse, die, sechs Wochen vor den Wahlen beginnend, in einer Auflage von etwa 100 000 Stück erscheinen soll, während die erste Auflage in größerer Ausstattung in etwa 150 000 Stück erscheinen soll, um dauernd als Verteilungsblatt bei Ver- sammlungen zu dienen.
Einmal soll dieses Blatt auch dem „Generalanzeiger“ als Beilage gegeben werden.
 - Einflussnahme der demokratischen Presse im Sinne einer Wählung im Parteilamp.
 - Eigene weitgehendste Beteiligung und Einrichtung eines eigen- en Dresdener Bureaus.
- Dr. B. hat zur Förderung der Angelegenheit am Freitag den 16. eine Besprechung der führenden Persönlichkeiten aus Bau- und Industriezweigen bei Hansen zu veranstalten, zu der er bitte, eingeladen zu werden und für die er auch den Besuch von Dr. Bogler, oder von dessen Privatsekretär, Dr. Freund, ver- mitteln will.
ges. Salomon.

Zentrumswähler!

Stärkt den Wahlfonds eurer Ortsgruppen.
Laßt Sammelisten herumgehen!
Wer es kann, oder war nicht einer Ortsgruppe angeschlossen ist, darf auch den Wahlfonds der sächsischen Gesamtpartei (Konto der Sächsischen Zentrumspartei, Dresdner Bank, Depoitenkasse C in Dresden), nicht vergessen.
Gebt schnell und reichlich!

Stichs. Zentrums-Wahlfonds: Wiemer & Co. 100 M.

Baugen. Am 29. Mai fand die dritte große Wahlversammlung der Zentrumspartei statt. Sie war eine vor breiter Öffentlichkeit. Der Besuch war ein glänzender. Auch zahlreiche Nicht- zentrumselemente waren da. Hauptsächlich haben sich viele von ihnen von der Wichtigkeit des Zentrumsprogramms überzeugen lassen. Das mußte die Folge sein der außerordentlich gründlichen, sachlichen und doch gehaltenen Ausführungen des Redners, Rechtsanwaltes Dr. Herzfeld, Mitgliedes der Nationalversammlung. Von vornherein erklärte er, Angehörige anderer Parteien nicht verletzen zu wollen. Die beste Propaganda für das Zentrum sei, zu zeigen, was es geleistet habe. In drei Punkten konnten und mußten alle Parteien einig sein, in der Frage der auswärtigen Politik, im Punkte der Erhaltung der Abhängigkeitsgebiete und in der Hebung der wirtschaftlichen Not. Die reichlichen und tiefgründigen Ausführungen über die Staatspolitik der Vergangenheit als Ursache der gegenwärtigen Weltlage gaben von ausgereicherter Geschichtskennntnis und weltwirtschaftspolitischer Erfahrung. In anderer Abhandlung wurde dargelegt, warum Ober- schichten bei Deutschland bleiben muß. Das Heimatgefühl der zahl- reich anwesenden Oberklasse wurde tief ergriffen und zur Willens- stärke bei Heimatschutz, zur Zustimmung für Deutschland erregt. Der Redner zeigte, wie wir uns der wirtschaftlichen Not allmählich wieder herauskommen können durch Revision des Friedensvertrages, un- unterbrochene Arbeit, Einhalt mit Lohnforderungen, Abbau der Preise (interessante Beleuchtung der sich erholenden Markt), der Koalition- regierung, der Stellung zu Kirche und Schule u. a. Der Standpunkt des Zentrums in diesen Dingen wurde überzeugend ver- teidigt. Aus den Darlegungen des Zentrumsprogramms seien fol- gende Sätze hervorgehoben: Das Zentrum hält trenn zur Verwirkli- chung der internationalen Schlichtung des Konflikts zwischen den Kri- gen und nachher. Das Zentrum ist eine Partei, die das Wohl des ganzen Volkes, aller Stände im Auge hat, nicht einseitige, teran- stehende Interessen einzelner Klassen. Ohne Anstrich und Forde- rungsangelegenheit wird es kein Wohl des gesamten deutschen Volkes geben. Als einziger Gegner trat ein fremdlicher Völk, dem aber mit einem Saie inrichtungsvoll entgegengetreten werden konnte.

Aleja. Sonntag abend hielt die Zentrumspartei, Ortsgruppe Aleja, die letzte große Wahlversammlung ab. Viele Zentrums- wähler waren erschienen. Zunächst sprach Herr Reichsminister Dr. Dille. Mit einbringlichen Worten, die nicht des Humors entbehren, forderte er die Zentrumsleute auf, die politische Gleichgültigkeit, die allgemeine Krankheit der bürgerlichen Kreise, abzuschütteln und alle am 6. Juni an der Wahlurne zu erscheinen. Dann führte er aus, was das Zentrum schon positiv geleistet hat; daß gerade das Zentrum durch seine Steuerpolitik und auch durch die soziale Fürsorge des Ausgleich aller Stände erwerbe. Zum Wiederaufbau unseres zerrütteten Wirtschaftslebens sei aber vor allem Arbeit notwendig. Körperliche wie auch geistige Tätigkeit sollen in entsprechender Weise gewertet und entlohnt werden. Nur ein inaktives Zusammenarbeiten aller Stände ermöglicht es, ein starkes Deutschland zu schaffen. Der Vortrag des Herrn Dr. Dille wurde mit lebhaftem Beifall auf- genommen. Abhandlung sprach noch Herr Barbara Kurtz für die Frauenwelt. Sie zeigte, was das Zentrum der Frau schon gegeben hat und was es in Zukunft so für die Frau erkämpfen will, wie keine der anderen Parteien so im Sinne einer christlich denkenden Frau gearbeitet habe. Sie verheißte auch nicht, daß noch viel, ins- besondere was Staat, Kirche und Schule anbetrifft, zu erkämpfen sei. Der Erfolg hänge von der neuen Zusammensetzung des Reichstages ab. Deshalb forderte sie die Wählerinnen auf, der Partei die Stimme zu geben, die in dieser Hinsicht das Beste erreicht hat und erreichen wird. Unter dem Banner des Zentrums sammeln sich die, die für Freiheit, Wahrheit und Recht kämpfen. Die begehrten Worte der Rednerin wirkten tief auf die Versammelten ein. Herr Kurtz warner gab noch einige praktische Winke für den Wahltag. Mit herzlichem Dank an die Versammelten schloß der verbiente Vorkühler Herr Kaufmann Besätze die Versammlung.

Wahlkreis Ostpreußen

Die Ortsgruppe Reichenbach der Zentrumspartei, die nach einem Vortrage des Ortsgruppen- leiters über die große Zentrumsversammlung in Dresden (7. Mai) am 8. Mai gegründet wurde, trat am 28. Mai als erstes an die Öffentlichkeit. Die Ortsgruppe hatte Herrn Hauptlehrer Herr Helein-Dresden zum Vortrag gegeben, der auch in bereitwilligster Weise der Bitte ent- sprachen hatte. Geleitet wurde die Versammlung vom Vorsitzenden der Ortsgruppe Herrn Fabrikant Gred. Herr Helein schilderte in lebhafter Weise die Mitarbeit des Zentrums bei der Reichsversammlung, die Verdienste der Partei durch Eintritt in die Koalitionregierung,

wies Anfeindungen gegen die Zentrumspartei kritisch zurück und rech- nete mit der Deutschen Nationalen Volkspartei gründlich ab. Für seine packenden Ausführungen erntete der Redner überaus lebhaften Beifall, denn er hatte es vorzüglich verstanden, die Anwesenden für das Pro- gram des Zentrums zu begeistern. Die Ortsgruppe wurde durch zahlreiche Beiratsmitglieder verstärkt und mehrere Beiratsmitglieder der „Schlesigen Volkszeitung“ gewonnen.

Döbeln. Nachdem sich erst kürzlich auf Pressebüroschreiben hin eine Ortsgruppe des Kreisvereins für den Pfarrbezirk Döbeln gebildet hatte, wurde, wie schon kurz berichtet, nach in Döbeln und Mollwitz nach heftig aufgenommenen Wahlvorträgen des Herrn Kaplan Dr. Schmalz eine Ortsgruppe des Zentrumsvereins gegründet, die zurzeit 17 Mitglieder zählt.

Schirgiswalde. In der am Fronleichnamfest abends 8 Uhr im Saale des „Kruggerichts“ stattfindenden öffentlichen Ver- sammlung wird Herr Hauptlehrer Herr Helein-Dresden sprechen. Thema: „Der Schicksalstag des deutschen Volkes“. Die Wahlen stehen vor der Tür, darum Männer und Frauen des Zentrums, erscheint in Massen!

Die Ausweisung aus Eupen und Malmedy

Wolffs Telegraphisches Bureau berichtet aus Berlin: Unter dem 18. h. M. haben wir eine Ausweisung über die belgische Gewalttätigkeit in den Kreisen Eupen und Malmedy wiedergeben, in der gelangt war, selbst der belgische Bevollmäch- tigte, der in Kachen mit dem belgischen Überseebevollmächtigten ver- handle, habe die Ausweisung für unzulässig erklärt.

Die hiesige belgische Gesandtschaft ist, wie sie uns mit- teilt, von ihrer Regierung beauftragt worden, dieser angeblichen Erklärung eines der belgischen Vertreter in Kachen ein förmliches Demont entgegenzusetzen. Die in den Kreisen Eupen und Malmedy nach dem 1. August 1914 zugezogenen Personen hätten kein Recht, Belgien zu werden; sie seien Ausländer, auf die die Ausweisungs- maßregeln angewendet werden könnten.

Hierzu erfahren wir von zuständigen Stelle: Die Meinungsäußerung des belgischen Bevollmächtigten in Kachen hat sich auf Personen bezogen, die bereits am 1. August 1914 in den Kreisen Eupen und Malmedy gewohnt haben. Von diesen Personen unterscheiden sich nach dem Friedensvertrag die später zugezogenen nur in einer Beziehung: Sie bedürfen gemäß Artikel 38 der Zustimmung der belgischen Regierung, falls der Bürgerbund die belgische Freise endgültig aufgeben und falls diese Klassen der Einwohner nicht beantragt hätten, die belgische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Inzwischen oder stehen sich die beiden Arten der Einwohner völlig gleich. Beide besitzen noch immer die deutsche Reichsangehörigkeit und beide haben das zweifelhafte Recht, an der Volksabstimmung in den Kreisen teil- zunehmen. Können die Bewohner der Kreise nicht ausgewiesen werden, so ist das gleiche mit den später zugezogenen der Fall. Werden sie trotzdem ausgewiesen, so verlieren sie ihr Abstammungs- recht und die belgische Wohnsitznahme bedeutet demnach einen neuen Schlag gegen das Ergebnis der Volksbefragung. Die oben erwähnte Vorkehrung des Artikels 38 wäre endlich sinnlos und überflüssig, falls die davon Betroffenen vorher ausgewiesen werden könnten.

Die Konferenz von Spa

Mailand, 31. Mai. Laut „Secola“ wird die Konferenz in Spa nicht verschoben, sondern endgültig am 21. Juni statt- finden.

Aus der Türkei

Paris, 31. Mai. Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ sollen die nationalen türkischen Streitkräfte bis auf 175 Kilometer an Konstantinopel herangekommen sein.

Wien, 31. Mai. (Havas, Neuter.) Zwischen Wien und Kattab ließ die französische Kolonne Dehner auf stark reguläre ita- lienische Truppen, die sich verhalten hatten, warf den Feind, mach- ten zahlreiche Gefangene und eroberte Fahnen und Beute. Der Feind verlor 1200 Tote. Abhandlung die Kolonne in Kattab ein. — Die „Times“ meldet weiter aus Konstantinopel: Etwa 80 Tausend wurden unter der Aufsicht, an einer Vernehmung, unter dem Namen derer, die verhaftet, darunter der ehemalige Minister des Äußeren Ruzin bei und das Mitglied des Senates Ali Nisaj-Pascha. Der damalige Kriegsminister Kemal-Pascha und der ehemalige Marineminister Nisaj-Pascha wurden in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Die Besetzung Thrakiens durch griechische Truppen

Berlin, 31. Mai. Laut Mitteilung der bulgarischen Gesand- schaft meldet die bulgarische Telegr.-Agentur aus Schmalzschina: Angeficht der Nachricht von der bevorstehenden Besetzung Thrakiens durch griechische Truppen trifft die bulgarische Bevölkerung siche- rhafte Vorbereitungen, um das Land zu verlassen und nach Bulgarien zu flüchten. Infolgedessen hat die Regierung ihrem Delegierten in Schmalzschina den Auftrag gegeben, den Auswanderern alle Er- leichterungen zu gewähren. Die Notwendigkeit der Unterbringung der neuen Flüchtlinge verursacht die Bewegung der bulgarischen Offensivkräfte.

Die russisch-polnischen Kämpfe

Prag, 31. Mai. Nach dem Moskauer Kriegsbericht vom 31. Mai kämpfen die Roten Truppen noch immer auf der Linie Wjiz-Kriwitsche; an der Beresina dagegen scheinen der Wjiz die Roten Truppen bei der Wändung der Wjiz in die Beresina am Ende der letzteren gestanden worden zu sein. Südlich Wjiz meldet der Moskauer Bericht mit frühen Kämpfen unternommene heftige pol- nische Gegenangriffe. Der linke Flügel der Roten Front scheint 30 Werst südlich von der Station Waparka an der Wjiz-Przemska-Obelja vorüberzugehen zu sein.

Die russische Presse

Wien, 31. Mai. Die „Presse“ veröffentlichte aus der verlässigen Quelle Mitteilungen über die Vorbereitungen zum neuen Feldzug gegen Sowjetrussland. Danach organisieren die russischen Monarchisten mit französischer Unterstützung in den Balkanländern zwei neue antibolschewistische Armeen. In dem bulgarischen Kotel- wasser Tag für Tag politische Offiziere ein. Das politische Haupt- quartier der russischen Monarchisten soll nach Bulgarien verlegt werden. Wie verlautet, wollen die Franzosen auf der Konferenz in Spa ihren Verbänden die Unterstützung dieser neuen antibolschewischen Armeen vorschlagen. Die Rumänen haben in einer vorläufigen Antwort die Lieferung von Panzern und Munition zugesagt. Für die Besetzung von Truppen haben sie jedoch nur Bedingung gemacht, daß ihnen die Anexion der Bukowina, die Erklärung Oberas zu einem Freiholden, die Auslösung eines Banats über die Ukraine zugesagt wird. Außer den russischen Freiwilligen werden in beiden Armeen serbische, slowakische, albanische und bulgarische Truppen aufgenommen werden. Die erste Armee wird in Bulgarien konzentriert unter dem Kommando des Generals Masenapp; die zweite Armee soll in Polen, und zwar in der Gegend von Grodno, unter dem Kommando des Berlin befindlichen Obersten Kobalants zusammengezogen werden.

Der

Rottel
Wachau:
Dinaburg
in der Rüdiz

(Eigener
Prag, 1

politische
Polen
Kriegsfrage
träumerung
sagte der W
wurde durch
Namen jedoch
nicht in einer
eine Offensiv

Amsterd
dinoofol hat
die Sowjetre
bereit ist, mit

Amsterd
schlesischen,
Lilien sind je
die nötigen
Stadt geräum

Die
Kopen
Lingfors
lands auf
Dorpat am

Deuth
wurden bei de
von französis
nicht brechen
Passanten, die
geordnet ab
heute nicht in
noch groß

Infolge
tische Par
müssen einer
Landfreie
Admen mit f
Gemeinschaft

Selferie
W. T.
Dannover ha
im zahlreich
der frühere S
ausgefleht, d
Friedensvertr
Vorberreit
Beziehung im
grelung des
Quelle dieser
Kardien ang
Publikati
Mitglieder ein
von einem f
die ganze a
gehört.

Die
Wigener
Berlin,
heutigen 1. Ju
sektion
Die Geschäfte
Kapp-Putsch
Adjutant fun
ten Kommand
nach der „W
wieder eingefe

(Eigener
Berlin
soll der Heil
ruffung wie d
halbverammlu

Gotha,
Lambage er
die Deutsch
Demokraten
noch 80 Orth
schäft oder ne
partei drei, b
Rechtssozial
fi damit gesf

Wien,
Österreich
Enschliche
Presse ist au
Lungspapier
rung überlo
lungen so zu
sprechen, die
reichlichen Be

Frankr
in Rom de
Sonder
stapender
am 1. Juni
die nächste W

Waffen
14 Attischen,
waren, in oos
den Angeklag

Oeffentl. Wahlversammlung!

Donnerstag den 3. Juni abends 1/8 Uhr im mittleren Saale des „Keglerheims“, Friedrichstr. 12.

Redner: Herr Regierungsrat **Dr. Flügler.**

Anschließend freie Aussprache!

Alle auf christlichem Boden stehenden Frauen und Männer sind in letzter Stunde zu dieser hochwichtigen Versammlung dringend eingeladen. Männer u. Frauen der Friedrichstadt erscheint in Massen!

Ortsgruppe Dresden der Sächsischen Zentrumspartei.
Paul Richter, Obmann.

Löbau i. Sa.

Mittwoch den 2. Juni abends 8 Uhr im „Weltner Hof“

Oeffentliche Zentrums-Versammlung.

Redner: Lehrer **Nitsche** - Dresden:

„Was die Stunde fordert.“

Wähler und Wählerinnen von Löbau und Umgebung sind ergebenst eingeladen.

Zentrumspartei, Ortsgruppe Löbau i. Sa.

Sächs. Zentrumspartei, Ortsgr. Kamenz.

Mittwoch den 2. Juni abends 8 Uhr im „Hotel Stadt Dresden“

Oeffentliche Zentrums-Versammlung.

Herr Chefredakteur **Heßlein** spricht:

„Vor der Entscheidung.“

Alle Zentrumsanhänger werden freundlichst hierzu eingeladen.
Der Vorstand.

Zentrumspartei Schirgiswalde.

Donnerstag den 3. Juni (Fronleichnamstag) abends 8 Uhr im Saale des „Erbgerichts“

Oeffentliche Versammlung.

Es spricht Herr Hauptschriftleiter **Heßlein** - Dresden:

„Der Schicksalstag des deutschen Volkes.“

Männer und Frauen! Erscheint alle!

Kath. Verein Dresden-Strehlen

Donnerstag den 3. Juni abends 1/8 Uhr im Vereinszimmer der „Goldenen Krone“, Dohnaer Str. 9

Zentrums-Wahlversammlung.

Redner Herr Kaplan **Dr. Jakubasch:**

„Zentrum und christliche Weltanschauung.“

Vollständiges Erscheinen aller Gemeindeglieder Ehrenpflicht!
Der Vorstand.

Das Wahlbüro der Sächsischen Zentrumspartei

(Christl. Volkspartei) Ortsgruppe Dresden

befindet sich ab 25. Mai bis zum 6. Juni

im katholischen Gesellenhause, Räußerstraße,

und hat seine Geschäftsstunden von 10-6 Uhr

Im Wahlbüro werden alle Wahlauskünfte erteilt, Flugblätter abgegeben, Gelder für Wahlfonds angenommen, Mitgliederanfragen vollzogen, ebenso werden von dieser Stelle aus noch Redner vermittelt

Deutschnationale Volkspartei

Ortsgruppe Dresden

Waisenhausstraße 29, I. Fernsprecher 22200

Donnerstag den 3. Juni

in „Hammers Hotel“, Strieson,
Augsburger Straße 7

Oeffentliche Wähler-Versammlung

Redner:

Fräulein **Ew. Dittlich**, Privatangestellte

Oberverwaltungsgerichtsrat **Dr. Wittmaack**

Beginn der Versammlung abends 1/8 Uhr

— Einlaß 1/7 Uhr —

Nach dem Vortrage:

Freie Aussprache

Achtung!

Zentrum (Christl. Volkspartei), Ortsgruppe Pirna u. Umg.

Donnerstag den 3. Juni abends 1/8 Uhr

in den „Tannensälen“, Pirna

Oeffentliche Versammlung.

Universitätsprofessor **Dr. Strieder** - Leipzig spricht über:

„Hat das Zentrum seine Schuldigkeit getan?“

Wähler und Wählerinnen! Nur noch einige Tage

und die Glocke ruft uns: „Zur Wahlurne!“

Versäume keiner diesen letzten Vortrag und erscheint

in Massen! Der Vorstand.

Zentrumswähler!

Gebt schnell und reichlich in euren örtlichen Wahlfonds!

Adresse: **Karl Jordan**, Dresden, Bornewerfstr. 5.
Postfach Leipzig Nr. 40300

Zentrumspartei Dresden-Ost.

Freitag den 4. Juni abends 8 Uhr

im „Reißiger Hof“, Reißigerstraße 70

Große öffentliche Versammlung.

Redner: Rechtsanwalt **Dr. Sille.**

Zentrumsmänner und Zentrumsfrauen! Tut eure

Pflicht! Erscheint in Massen! Bringt Freunde mit!

Protestanten und Katholiken!

Das Zentrum ist die christliche Volkspartei!

Die Zentrumgruppe Dresden-Ost.

Linksradikaler Bolschewismus!

Rechtsradikaler Nationalismus!

Auf zur Wahl!

Drittes Wahlflugblatt der Sächsischen Zentrumspartei.

Tausend Mk. 33.— einschließlich Verpackung.

Bestellungen sofort an das Parteisekretariat, Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46.

Stimmzettel

für alle drei sächsischen Wahlkreise liefert nur das Parteisekretariat der Sächsischen Zentrumspartei in Dresden. Soweit noch nicht geschehen, wird um umgehende Bestellung der Stimmzettel ersucht.

DIE

SAXONIA BUCHDRUCKEREI

GMBH

liefert alle Arten Drucksachen, die Sie in Ihrem Büro und Betrieb benötigen, wie Briefbogen, Rechnungen > Briefumschläge, Versandformulare, Geschäfts- und Durchschreibebücher, sowie Vereins- u. Familiendrucksachen

DRESDEN - A

HOLBEINSTRASSE 46

FERNSPRECHER

21360

Gebildetes Fräulein

aus guter Familie, Anfang 30, hübsches Aeußeres, wünscht das Bekanntwerden mit einem gebildeten Herrn, der katholisch und ein guter Mensch sein muß,

zwecks Heirat.

Zuschriften unter „F. Z. 142“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tymians Thalia-Theater

Beginn 1/8 Uhr
Täglich Jubiläums-Programm: „Der alte Filokocher“
Sonntags 2 Vorstellungen: 1/4 und 1/8 Uhr

Nur

ein tadelloses Mittel ist zur Pflege der teureren Schuhe geeignet. Besser als billig ist gut

und das ist

Erdal

schwarz / gelb / braun / rot/yaun
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Kath. Bürgerverein

Dresden.

Mittwoch, 2. Juni

abends 8 Uhr

pünktlich im

Kath. Gesellenhaus, Käuferstr.

Versammlung.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Suche zum 1. August ein

ordentliches

Hausmädchen

nicht unter 17 Jahren, oder ein

besseres

Mädchen

zur Erlernung des Haushalts

keine Kinder. Gute Verpflegung.

Frau Schlaßhofsdirektor

D. Seeberger,

Waldheim i. Sa.

Suche für sofort oder zum

15. Juni ein solides, gut katol.

Mädchen

welches in Küche und Hausarbeit

erfahren ist.

Offert. unter „F. Z. 141“ an

die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten

Gallensteine,

Professor **Dr. Weber's** Gallen-

steinmittel

Eholapin

ein bewährtes Gallensteinmittel

zur Linderung und meist gänz-

licher Beseitigung dieses schmerz-

haften Leidens. Preis Mk. 15.—

für eine Dose meist eine Kur

ausreichend. Versand:

Grüne Apotheke, Erfurt 204

Deutschnationale Volkspartei

Ortsgruppe Dresden,

Waisenhausstraße 29, I. Fernsprecher 22200.

Mittwoch den 2. Juni 1920

im „Drei-Kaiser-Hof“ in Löbtau,

Tharandter Straße 2

Oeffentliche Wählerversammlung.

Redner:

Abgeordneter **Tiller.**

Beginn der Versammlung abends 1/8 Uhr.

— Einlaß 1/7 Uhr. —

Nach dem Vortrage: Freie Aussprache.

We

Weiblich von

sammlung in Pa

„Christlichen Volkspartei“

In dieser ersten

we überaus folgenschwe

nicht verfügen, die eben

allen Gegenständen und

Zentrumspartei

und Freiheit“ treu zu

anlassen können, dem

Unzufriedenheit in

wie ein Mehltau auf

Freiheit, bei der es

berichtigt ist? Man m

kannst, daß es mit

tion eingegangen ist.

mit jenen der Sozialbe

berichtigt, aber wo es

handelt hat, das nicht

heißt man geteilter An

als ein Alt gebietliche

dem Falle zeugt es von

dem Zentrum hätte die

tragen lassen. Wir h

Zentrum nicht mitat.

die Rolle des Gesen- u

würde vorausgesetzt, die

gewollert, den Frieden

wehhalb geteilt und

heute noch zu unklar, un

so viel war dem Zentr

und nichts weniger als

zeichnung des Friedens

namentlich die 700 000

auf den Augenblick war

Wenigstens allgemein

bestehen. Es ist ein

des offenen Sinnes der

Bewegung hineingeworfe

bielen anderen Fragen.

sich einen wo sich begr

Dank gebührt. Wer d

ner Ansicht nicht die rich

Man sagt, daß Be

ger zu weit nach links

fassungsbestimmungen u

und Bestimmungen w

angenehme Lage gebr

eingelegt habe, einen

trum und die von ihm

fraglichen Bestimmungen

eine Verleumdung der

Wahrheit ist, daß das

den zu konnte, son

mußte. Wenn das Fen

den schreibenden W

Korrekturen machen. San

Weberlieferungen

postes mit aller Ehrfurch

zeugt, daß die Ordnung

der Lesenden Pfiffer d

kleinen Tabel erbilden, f

ner Arbeit und Tätigkei

nach andere Gründe der

aber, ob sie stark genug

sicherte Position

turm herauszut

„Das

Ron

„Diese eine Maß

haben Auge erpäht hat,

undert worden. Verste

nimmt nicht, und nun is

Angen. Niemand bema

heit, daß die Etliche nicht

ten. Man weiß ich, we

arbeiten, und diese Reich

in. Wenig, hast mir de

Er umschlang sie

bit, der Liebe ins Ohr,

was er ihr an Erntean

Woge in das des Wam

des Wines.

„Es ist. Es muß

werden. Gätten wir un

nimmels in der Weise

gut trinken, um die

berg-ten!“

„Als Otto in sein

beständete Weinhold die

und seinem Knüttig sprach

„Der junge Erfind

auf die neue Wagenstr

erhielte. Er blieb an so

spung ihm weit wildliche

Edward, in dem die We

ter, betraufete sie und

habe einige Male versu

er antwortete nicht me

Die Stille, die in

holl bei Eisenbahn

Stempfen und Dröhnen

Weihbischof von Hähling über die Zentrumspolitik

Weihbischof von Hähling hielt in einer Zentrumsversammlung in Paderborn eine Ansprache, in der er nach dem „Sächsischen Volksblatt“ Nr. 135 folgendes ausföhrte:

In dieser ersten Stunde, wo das deutsche Volk wiederum vor eine überaus folgenschwere Entscheidung gestellt ist, möchte ich es mir nicht verlagern, die ebenso heilige als dringende Bitte auszusprechen, allen Gegenständen und Gegenständen zum Trost, unserer Partei, der Zentrumspartei mit dem Grundsatz: „Für Wahrheit, Recht und Freiheit“ treu zu bleiben. Was sollte uns denn auch veranlassen können, dem Zentrum untreu zu werden? Sollte dazu die Unzufriedenheit imstande sein, die man sich auszusprechen ist und sich wie ein Wehklagen auf die Lippen zu legen, trotz, eine Unzufriedenheit, bei der es sich jedoch fragt, ob sie in allen ihren Teilen berechtigt ist? Man macht dem Zentrum nur immer einen Vorwurf daraus, daß es mit der Sozialdemokratie eine Koalition eingegangen ist. N. S., wenn das Zentrum eine Koalition mit jenen der Sozialdemokratie eingegangen hätte, wäre der Vorwurf berechtigt; aber wo es sich bloß um ein tatsächliches Zusammengehen handelt, das nicht etwa eine Sache war, über deren Zweckmäßigkeit man geteilter Ansicht sein konnte, sondern das sich immer mehr als ein Akt berechtigter Notwendigkeit herausstellt, ich sage, in diesem Falle geht es von einem Mangel an Weisheit, wenn man sagt, das Zentrum hätte die Regierung allein die Verantwortung sollen tragen lassen. Wir hätten den Volkswidrigkeit bekommen, wenn das Zentrum nicht mitlief. Das Zentrum hat nicht beiseite gestanden und die Rolle des Geheims und Geheimschreibers gespielt, es hat die Vorwürfe vorausgesehen, die man gegen es erheben würde und sich nicht gerechtfertigt, den Frieden mitunterzeichnet auf die gleiche Gefahr hin, deshalb getadelt und verdächtigt zu werden. Die Verhältnisse sind heute noch so unklar, um jede Frage genügend übersehen zu können: so viel war dem Zentrum klar, daß es der Güte überaus angenehm und nicht weniger als schwer gewesen sein würde, bei der Nichtunterzeichnung des Friedens seine Armeen nach Deutschland zu legen und namentlich die 700 000 Soldaten, die in Sachsen lagerten und bloß auf den Augenblick warteten, wo man ihnen die Freiheit gab, die Gewerkschaften abgeben zu müssen, die wir jetzt im einzelnen so sehr beklagen. Es ist ein Zeichen der staatsmännischen Begabung und des offenen Sinnes der Führer des Zentrums, daß sie sich sofort in die Bewegung hineingeworfen und entschlossen gehandelt haben auch in so vielen anderen Fragen. Sie haben dadurch Schlimmeres verhindert und sich einen wohl begründeten Anspruch auf unsere Dank gesichert. Wer anderer spricht, dessen Auffassung ist nach meiner Ansicht nicht die richtige.

Man sagt, das Zentrum habe sich in den kulturellen Fragen zu weit nach links gewandt und in mehreren wichtigen Punkten Verfassungsbestimmungen unterstellt, welche den kirchlichen Aufgaben und Bestimmungen widersprechen, und es habe sich dabei in die unangenehme Lage gebracht, daß der deutsche Episkopat förmlich Protest eingelegt habe, einen Protest, der sich indirekt auch gegen das Zentrum und die von ihm vertretene Politik richtet. Das Zentrum hat die kirchlichen Bestimmungen der Verfassung nicht unterstellt. Es wäre eine Verleumdung der Tatsachen, wollte man dies behaupten. Die Wahrheit ist, daß das Zentrum diese Bestimmungen nicht hinüber konnte, sondern sie als das kleinere Übel hinnehmen mußte. Wenn das Feuer sich nicht löschen läßt unter dem Drange der schädlichen Winde, so wird niemand deshalb der Feuerwehr einen Vorwurf machen. Ganz im Gegenteil: getrennt seinen alten Überlieferungen hat das Zentrum den Protest des Episkopats mit aller Ehrfurcht entgegengenommen, denn es ist davon überzeugt, daß die Ordnung der weltlichen Angelegenheiten in die Hand der kirchlichen Führer der Kirche gelegt ist. Es konnte darin auch keinen Tadel erblicken, sondern durfte ihn als eine Unterstützung seiner Arbeit und Tätigkeit in jeder Weise nur begrüßen. Vielleicht sind noch andere Gründe der Unzufriedenheit vorhanden — es fragt sich aber, ob sie stark genug sind, um uns zu veranlassen, unsere geliebte Position aufzugeben, aus dem Zentrumsturm herauszutreten, der Welt das Schauspiel

der Uneinigkeit und Zerfahrenheit zu bieten und dadurch den Reigen der Gegner eine langerhoffte Stärkung und Stärke zu bringen.

Wenn wir dem Zentrum untreu werden, so vergessen wir, was das Zentrum für uns getan hat. Hat nicht das Zentrum sich der Arbeiter angenommen, und zwar mit warmem Herzen und reichem Erfolge zu einer Zeit, wo sonst an Arbeiterschutz und Arbeiterfürsorge in weiten Kreisen überhaupt noch nicht gedacht wurde? Dem Zentrum ist der gesamte Mittelstand, der Handwerkerstand, die Beamtenschaft und die Kaufmannschaft zu großem Dank verpflichtet, nicht weniger auch die Landwirtschaft. Was die Steuerfrage angeht, so bestand die direkte Absicht, das Privatvermögen entweder ganz abzuschaffen oder wegzusteuern. In beiden Fällen aber ist es der zähen und energischen Arbeit der Zentrumsgesandten gelungen, dem Angriff dadurch die Spitze abzubrechen, daß durch die Verfassung das Privatvermögen gewährleistet, und daß für das Erbschaftsteuerrecht bei landwirtschaftlichem Besitz die Veranlagung nicht nach dem „gemeinen Werte“, nicht nach dem Verkaufswert, sondern nach dem Ertragswert beschlossen wurde, eine Bestimmung, die durch die Bemühungen des Zentrums auch in den anderen Steuerfragen wiederkehrt, so beim Reichsnotopfer, vor allen Dingen aber beim weitreichendsten aller künftigen Steuererlasse, der Reichsabgabenordnung. Dieses Verdienst sollte dem Zentrum nie vergessen werden und man könnte es nicht verstehen, wenn das Zentrum im Stich gelassen würde. Das Zentrum hat nie vergessen, den Weg der ausgeübten Gerechtigkeit zu gehen, und jedem einzelnen Stande mit aller Treue und Entschiedenheit es ans Herz zu legen, daß jetzt im neuen Deutschland ebensowenig wie im alten ein einzelner Stand jemals eine überwiegende Stellung einnehmen dürfe, und jeder auch seinem Nachbar Lust und Licht lassen müsse, und keiner Hof Rechte, sondern jeder auch die entsprechenden Pflichten habe. Wird das Zentrum geschwächt, so werden sich die bestehenden Folgen davon auch in der Zusammensetzung der Regierung sehr bald bemerkbar machen, wie es bei der Abspaltung der Bayerischen Volkspartei bereits der Fall war. Wer unsere weltlichen Güter geschädigt hat, war das Zentrum. Und wenn unsere Verhältnisse sich in dieser Weise herausgestellt haben, als das Zentrum noch unklar war, wie würde es erst werden, wenn sein Einfluß ausgeschaltet oder gemindert würde. Täuschen wir uns nicht: es steht vielleicht unsere Existenz auf dem Spiele. — Einigkeit und Weisheit, diese beiden Grundzüge sollen uns auch in Zukunft Führer und Leitern sein! Wer möchte es verantworten, durch die Störung der Einigkeit Unklarheit und Unentschlossenheit in unsere Reihen zu tragen! — Nein, scharen wir uns zusammen, um in freier und tatsächlicher Initiative von vornherein festzulegen und zu ergreifen und zu beanspruchen, was wir für notwendig halten.

Das wichtigste Komplexion wird die Schule bilden. Gott sei Dank, daß unser Kinder von so ausgezeichneten und gläubig streuenden Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet werden! Aber wir wollen den schwebenden Kreisen noch viel deutlicher, als es bisher vielleicht geschehen konnte, zum Bewußtsein bringen, daß wir unter allen Umständen der Auffassung, die wir als die Erziehungsberechtigten für die einzig richtige ansehen, zur Geltung und zum Durchbruch verhelfen werden, daß an unseren Schulen kein Lehrer in Tätigkeit zu treten braucht, der nicht voll und ganz auf dem Boden des katholischen Glaubens steht, daß wir jeden Lehrer ablehnen, auch für Rechnen und Geographie, der sich weigert, den Religionsunterricht zu erteilen und sich am kirchlichen Leben, so wie es bei uns Brauch ist, zu beteiligen. Mögen die maßgebenden Kreise es sich vor Erlass des Reichsschulgesetzes sagen, damit sie nimmer vor Enttäuschungen bewahrt bleiben; will man uns Lehrer geben, die nicht eine Vorbildung genießen haben, wie wir sie verlangen, so lehnen wir sie ab. Wir lehnen eine Vorbildung ab, die unseren Anschauungen und Bedürfnissen nicht entspricht; und will man uns nicht hören, die neue Zeit hat neue Mittel gefunden. Lassen Sie uns in diesem Sinne unsere Reihen schließen! Wir wollen gar nicht darüber reden, ob wir dem Zen-

trum Treue halten wollen oder nicht. Für uns kommt keine Partei in Frage als das Zentrum. Möchten auch die gebildeten Kreise vor der großen Notwendigkeit ihre Bedenken zurückstellen; wollen auch Sie, meine verehrten Frauen und Jungfrauen, mit aller Kraft eintreten für das kampferprobte Zentrum. Wer einen Grund zur Unzufriedenheit zu haben glaubt, trete an die Parteifunktionen heran in der Überzeugung, dort freundschaftliches Gehör zu finden. Aber ein Sturm der Begeisterung erhebe sich in den deutschen Gauen; und alle mögen zusammentreten, um durchzugehen, was noch durchzusetzen ist, um den Forderungen unserer Väter zur Geltung zu verhelfen, um zu bewirken, daß wir auch in der neuen Zeit unseres Glaubens froh werden können. Daß ohne Glaube und Religion auf die Dauer auch der mächtigste Staat nicht auskommen vermag, lehrt die Geschichte auf allen ihren Blättern. Mögen Glaube und Tugend, Religion und Sitte, Fleiß und Arbeitsamkeit zu neuer Höhe ihre Haupt erheben!

Das „Sprengpulver“ in der Deutschen Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei scheidet bekanntlich schon seit längerer Zeit sehr auffällig nach einer Beteiligung an der Regierung. Zahlreiche Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei, die sich sonst im Kampfe gegen die Regierung und die Koalitionsparteien nicht gering tun konnten, haben erklärt, daß sie auch gegen ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie nichts einzuwenden hätten, und daß sie sich nunmehr auf den Boden der Verfassung, die sie bekanntlich abgelehnt hatten, stellen. Die Erweiterung des bürgerlichen Wähler durch Hinzunahme der Deutschen Volkspartei wäre an sich nun allerdings ein sehr wünschenswertes Ziel. Das Geheimbündnis aber, das die Deutsche Volkspartei mit der deutschnationalen Volkspartei geschlossen hat, und über das wir an dieser Stelle bereits berichtet haben, dürfte aber doch einem solchen Ziele hindernd im Wege stehen. Die Sozialdemokraten haben bereits erklärt, daß sie unmöglich mit einer Partei zusammenarbeiten können, die sich mit den deutschnationalen verbünde. In der Tat hat die Deutsche Volkspartei bei ihrer Wahlposition ein in allen Farben schillerndes Parteibild gezeigt. Je nachdem es die Lage erfordert, arbeitete sie sich bald mehr rechts, bald mehr links. Man sieht, daß die alten Traditionen der ehemaligen nationalliberalen Partei, der „Reaktion Deutschlands“, mit ihrem stets wechselnden Programm auch jetzt noch leben. Die vorausgesetzliche künftige Zusammensetzung der Deutschen Volkspartei erscheint nun allerdings wenig geeignet, sie koalitionsfähig zu machen. Wir wollen an diesem Punkte die früher nationalliberalen und nunmehr demokratischen „Sprengpulver“ in Worten zum Ausdruck bringen. Sie sind:

„Dr. Stresemann hat in die Partei wahllos aufgenommen, was irgend die Partei (und die Partei) zu verwerfen vermag. Für den überzeugten Sozialisten gibt es überhaupt keinen größeren Feind als Hugo Stinnes, den rücksichtslosen Industriepolitiker mit dem weitreichenden privatspekulativen Plänen. Männer seines Schlages — es sind Genies der Politik, aber auch Genies der einseitigen Interessensvertretung — haben stets im Gegensatz zu jeder Regierung gestanden, die auf den Ausgleich hinarbeiten muß. Auf unersättlicher Stufe wie Stinnes stehen in den Augen der Sozialisten Wähler und Vorkämpfer des Leibes von Schwerindustriellen, Maschinenbauern, Eisen- und Stahlwerken jeder Sozialisierung, Fremder und Fremdermann als leidenschaftliche Wahlrechtsspekanten. Solchen Politikern flüchtige Mandate zu verschaffen und wahllos von einem Zusammengehen dieser Partei mit den Mehrheitssozialisten zu reden, das ist Phantastik. Beim besten Willen der demokratischsten und sozialistischsten Mehrheitssozialisten wäre es unmöglich. Die Führer, die es versuchen, hätten in acht Tagen keine Reaktion und keinen Wähler mehr hinter sich. Stresemann hat Sprengpulver gemischt. Das möge jeder bedenken, der seine Stimme der Deutschen Volkspartei geben will.“

Man darf in der Tat darauf rechnen, welches politische Geschehen in der künftigen Deutschen Volkspartei ereignet!

Kongress kath. kaufmännischer Vereine Deutschlands

Der diesjährige 40. Kongress der kathol. kaufmännischen Vereinigungen Deutschlands wird am 8. und 7. August in Pöschum (Weichsel) stattfinden. Für die Zukunftsentwicklung des Verbandes wird er von grundlegender Bedeutung sein. Soll sich doch die Tagung einerseits zu einer großen Manifestation für den christlichen Sozialismus in unserem Wirtschaftsleben gestalten, andererseits eine Auf-

„Das erste Ehejahr“

Roman von Ruth Soos.

(38. Fortsetzung)

„Diese eine Nacht, so klein und unbedeutend sie scheint, die dein Leben lange erfüllt hat, ist von einer ruckeligen, hässlichen Hand verändert worden. Verstehe du, was das bedeutet? Eine Abmessung kommt nicht, und nun ist auf einmal alles hell und klar vor meinen Augen. Niemand vermochte das Mittel zu lösen. Ich habe die geliebt, daß die Stiche nicht fühlten, die Wunden das Material nicht griffen. Nun weiß ich, weshalb. Nach meinen Reaktionen wurde gearbeitet, und diese Reaktionen sind gelöscht worden. Alles, alles. Du, Renate, hast mir den Weg gezeigt!“

Er umschlang sie von neuem, flüsternd ihr Worte der Anteilnahme, der Liebe ins Ohr, daß ihr in leidenschaftlichen Flehen alles ab, was er ihr an Reue angetan. Die Frau senkte ihr leuchtendes Haupt in das des Mannes. Eine Träne glitzerte darin, eine Träne des Glückes.

„Sei still. Es möchte alles so kommen, damit wir glücklich werden können. Gütten wir uns nicht getrennt, so würde ich deine Arbeiten niemals in der Welt betrachten haben. Wenn alles Leid nur dazu gut werden, um die den Weg zu ebnen, will ich alle Schmerzen gern tragen!“

Als Otto in sein Arbeitszimmer in der Paulinenstraße eintrat, beobachtete Weinhold die Straffheit seiner Haltung, die Zuversicht, die aus seinem Antlitz sprach.

Der junge Erfinder starrte nicht wie jeden Morgen hinaus auf die neue Wallenstraße, wo man hoffnungslos vergebliche Versuche machte. Er blieb an seinem Schreibtisch sitzen, als sei diese Beschäftigung ihm weit wichtiger. Nur einmal erhob er sich, holte aus dem Schrank, in dem die Verbilligungen der Rechenung lagen, die Wähler, betrachtete sie und lächelte vor sich hin. Der Betriebsingenieur hatte einige Male versucht, dem Ministerium zum Sprechen zu bewegen. Er antwortete nicht mehr, als er dem Vorgesetzten schuldete.

Die Stelle, die in den Bureauverträgen eintrat, wenn der letzte Teil des Erfinders heranzugeworfen war, wurde erledigt von dem Erfinder und dessen der Maschinen, das von draußen hereinbrach.

Es kam der Tag, die Sonne durchbrach die dicken Wälder der Wälder nur einmal für flüchtige Sekunden, blitzte mitleidig und verschwand, als wolle sie sich zur Ruhe begeben. In dem Zimmer, das Otto mit Weinhold teilte, brannten die Kerzen. Schatten fielen auf das Papier an dem Otto schrieb. Er wusch den Mann, ließ sich das Modell seiner Erfindung herbeibringen und begann zu malen. Zahl um Zahl schrieb er nieder, die Werte der Erzeugung brauchte in keinem Gesicht. Weinhold beobachtete das alles mit einem stummen Verwundern. „Was tun Sie hier?“ fragte er, als Otto kleineren Anstalten machte, auf das Papier zu gehen, sondern sich eingehend mit seinem Modell beschäftigte, es von allen Seiten betrachtete und neue Messungen anstellte. „Stopp! Ich nicht einmal der Kopf mache nur eine abweichende Bewegung mit der Hand und lächelte. Aber dieses lächeln verzerrte sein Gesicht zu einer so entsetzlichen Grimasse, daß Weinhold glaubte, sein Gesicht habe den Bestand verloren.“

In dieser Minute trat Holmer in das Zimmer. Da er von draußen kam, blendete ihn das Licht. Er sah nicht, daß Storn im Hintergrunde des Zimmers stand. Mit einer weichen klingenden Stimme rief er:

„Ich war eben draußen auf den neuen Wallenstraßen! Keine Sache! Sie liegen wie tot!“ Und er lächelte höhnlich.

Da trat Otto, wie zum Sprunge geblut, auf ihn zu. Ein Irrsinniger, wahrhaftiger Hohn stand auf der Stirn, in den Augen, die eilig hin und her gingen.

„Nur noch eine Minute mein Freund! Sie werden gleich zu arbeiten beginnen!“ Er schrie es, seine Stimme wurde gelend, rauh und hart. „Schauen Sie her, Herr Weinhold. Hier hat ein schnurloses, niederträchtiges Hand eine Nacht geändert. Und wenn mich meine Frau nicht darauf aufmerksam gemacht hätte, hätten wir bis an unser Lebensende vor dem ungelösten Rätsel, das mich mit Schmach von hier gejagt hätte.“

Totenkläglich war Holmer einen Schritt zurückgetreten. Hoff sah es aus, als taumelte er gegen die Wand. Er beherrschte sich soweit, um zu sagen:

„Ich glaube, du träumst! Eine Nacht verändert? Das mich sehen... wer könnte das Interesse daran haben, da wir alle wollen... da die Innehaltung der Erfindungsfrist unter aller Wunsche ist.“ Als Otto ihm das lächerliche Papier des Durchschlages hinreichte, pressten sich seine Lippen wie im Krampf zusammen, und die Finger,

die das Blatt hielten, bebten, als hätten sie alle Kraft verloren. Weinhold hatte mit einem stummenden Blick erfaßt, was zwischen den beiden Männern vorging. Er warf Storn einen bittern Blick zu. Er fürchtete, daß es in der nächsten Minute zu einem schrecklichen Kampf kommen müsse, und er fürchtete sich jetzt schon davor.

Aber nein, nichts dergleichen geschah. Otto Storn blieb ruhig, fast wie eine Statue. Er trat wieder vor das Modell, sah es lange an, schüttelte den Kopf, dann schloß er sich seine Arme darum. Es sah aus, als wolle er ein ästhetisches Gefallen an seine Kunst in Jubelstufen drücken.

Mit lang aussehenden Schritten stand er vor Weinhold. „Wenden Sie die Freundlichkeit haben, mit hinaus auf das Deck zu kommen, Herr Weinhold? Und darf ich die anderen Herren bitten, mich dahin zu begleiten? Ich glaube, es handelt sich um eine wichtige Minute, die Professor von Bohse mitreden möchte. Schade, daß er noch nicht hier ist!“

Vor Holmer trat er zur Seite, als er durch die geöffnete Tür ging. Otto war allen anderen vorausgeeilt. Mit liegender Stimme gab er die Befehle zum Schmeiden der neuen Wälder. Die Nachbarn waren bald besetzt. Der Meister vernahm erlauten, daß man jetzt andere Bahnen für die Wälder hatte. Otto war die schwierigen Hände des Mann und hielt sie mit festem Griff in den Händen.

„Das ist es, Meister!“ rief er. „Darauf kommt es an! Bisher haben wir uns um drei Millimeter geirrt, darum hätten die Stiche der Grobwalze den Vorrat nicht. Jetzt aber sollen Sie sehen, daß ich nicht wahllos war, als ich mein Werk hier hergab, um der Paulinenstraße die Arbeit zu erleichtern!“

Der Meister war anerkennend der unfaßlichen Erregung des Ingenieurs verlegen. Er machte sogar dem jungen Erfinder eine Verbeugung, die sich selbstsam genug ausnahm.

„Wo werde ich denn, Herr Storn! Ich habe immer gewußt, daß es nur ein Fehler sein konnte. Aber auf diese Weise da sind wir nicht gekommen, weil doch die Herren alle das Modell ansehen haben.“

„War das am Ende Augen viel es betrachteten, Meister? Schauen Sie her! Sehen Sie, daß diese Nacht verändert ist?“

„Ist es die Möglichkeit?“ rief der Mann und riß Storn fast Blatt aus der Hand. Doch seine Augen konnten die seine Veränderung kaum wahrnehmen.

(Fortsetzung folgt)

